

Leserbriefe

Zum Titelthema „Wachstum ist endlich“ in N+U 3-07

Ganz bewusst habe ich in der Betreffzeile (Rendite mindert Lebensqualität) zwei Überschriften Ihres "Wirtschaftsteils" der aktuellen N+U zusammengezogen. Sehr gefreut habe ich mich über den Beitrag von Herrn Scherf, der darlegt, wie die Zinsentwicklung mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängt und aufzeigt, dass ohne einen Paradigmenwechsel der Wachstumsfalle nicht zu entkommen ist. Schade, dass Herr Prof. Dr. Werner Wild wenige Seiten weiter hinten ökologische Geldanlagen anpreist, indem er von guten Renditen schwärmt. Und damit vor allem eines zeigt: Wie schwer das notwendige Umdenken fällt – würde das doch tatsächlich heißen, dass man selbst den Beweis dafür antreten muss, dass materieller Wohlstand kein alleiniges Maß für Zufriedenheit ist! Mein Rat für jeden, der nach eigenem Ermessen die Möglichkeit dazu hat: Ausprobieren! Es rentiert sich, auf Rendite zu verzichten.

Christine Wimmer, Landshut

„Konkrete Wege aus der Wachstumsfalle aufzeigen“: Hoffentlich nehmen alle, die einen Sinn für den Wert der Natur haben, Weigers Aufforderung ernst und verdrängen nicht länger die Fakten und Zusammenhänge! Herzlichen Dank, dass N+U die Analysen aufgreift, aus denen das tödliche Zusammenspiel von Wirtschaftswachstum und Überbevölkerung hervorgeht. Wie sehr unser Land darunter leidet, haben Dieter Scherf und Ernst Böckler auf der Basis der wissenschaftlichen Resultate anschaulich dargelegt. Die klare Analyse ist stets der erste Schritt eines konkret und konsequent zu gehenden Weges. Wenn dies manche leugnen und als "Lamentieren" abtun wollen, zeigt dies nur, dass sie an konsequentem Naturschutz nicht interessiert sind. Der nächste Schritt unseres jetzt zu gehenden Weges besteht darin, die Resultate öffentlichkeitswirksam auf breiter Front bekannt zu machen, damit klar wird, dass technische Verbesserungen und persönliche Einsparmaßnahmen noch keineswegs ausreichen, sondern dass man der natürlichen Abnahme der Partizipanten an den einschlägigen Prozessen nichts in den Weg legen darf, bis das Produkt aus Bevölkerungszahl und durchschnittlichem persönlichen Lastanteil wieder auf ein Maß innerhalb der Grenzen der ökologischen Dauertragfähigkeit gesunken ist.

Prof. Dr. rer. nat. Dietrich Schwägerl, Ottobrunn

Ein durchwachsendes Bild bietet Heft 3-2007 von „Natur+Umwelt“. Auf der einen Seite beschreibt der Vorsitzende der BN-Kreisgruppe Rosenheim, Ernst Böckler, in seinem lesenswerten, bedächtigen Essay („Der demographische Wandel – eine Chance!“) die positiven Auswirkungen eines gemächlichen Bevölkerungsrückgangs auf Umwelt und Gesellschaft und leitet daraus wichtige Forderungen an eine sozial gerechte Politik ab. Auf der anderen Seite bietet das Magazin einem der härtesten konservativen „Reformer“, dem mit seinem strikt neoliberalen „BürgerKonvent“ bekannt gewordenen Meinhard Miegel, eine Plattform im Interview „Verschiebung zu immateriellen Werten!“ (Miegel ist gelernter Jurist, gibt sich aber gerne als „Rentenexperte“, „Sozialexperte“ und so weiter aus und wird im Magazin verfälschend als „Wirtschaftsexperte“ bezeichnet.) Auch wenn die Aussagen im Interview sich glücklicherweise wohltuend von Miegels sonstigem demographischem Alarmismus abheben, mit dem er noch einschneidendere Rentenkürzungen und noch mehr Sozialabbau fordert, ist er zuallererst Propagandist für die Zerstörung des Sozialstaats und lässt sich sein unverantwortliches Tun von der privaten Versicherungswirtschaft sicher nicht zu knapp bezahlen (z. B. <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2006/08/meinhard-miegel-und-die-ewige-rentenluege/>). Ganz besonders schlimm dann, weil vom BUND selber beworben und damit zu verantworten, die Anpreisung der Riester-Rente von „oeco capital“ in der Anzeige auf Seite B28. Die „Riester-Rente“ steht für die gewollte, politisch bewusst herbeigeführte Zerstörung der gesetzlichen Rente und die forcierte Ausplünderung des Staates durch die milliardenteure Subventionierung der Finanzwirtschaft, begründet durch die angebliche „demographische Katastrophe“, und damit für das Gegenteil von Nachhaltigkeit, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit. (Die Riester-Rente ist nicht umsonst im selben Zusammenhang – Privatisierung der Lebensrisiken – und von derselben Regierung verabschiedet worden wie der unfassbare „Agenda 2010“-Sozialabbau. Die Riester-Rente wurde vorangetrieben von ihrem Namensgeber Walter Riester, der heute, vermutlich als „Judaslohn“ von den „Finanzdienstleistern“, ausweislich seiner Bundestags-Homepage mindestens 200.000 Euro pro Jahr für Vorträge über die Privatisierung der Rente erhält.) Hat der BUND es wirklich nötig, mit Werbung für dermaßen unethische, um nicht zu sagen verbrecherische Machenschaften seine Kasse aufzubessern?
Jochen Ahleff, per E-Mail

Zum Titelthema "Wachstum" ist zu ergänzen, dass auf der letzten Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen wurde, dass der BN der Global Marshall Plan Initiative als Unterstützer beitrifft. Diese Initiative setzt sich für die Verwirklichung der Millenniumsziele der UN ein, wobei in klar definierten Schritten eine *ökosoziale Marktwirtschaft* weltweit etabliert werden soll. Ziele dieser Initiative und die des BN sind weitgehend identisch. So ist etwa die Sicherung der Lebensgrundlagen und der ökologischen Systeme auch ein Hauptanliegen des BN. Die

Initiative wird von Wirtschaftsfachleuten, Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftlern, kirchlichen Gruppen, den verschiedensten NGOs und auch von vielen Privatpersonen unterstützt (www.globalmarshallplan.org).

Franziska Burmester, Bad Neustadt a. d. Saale, Kreisgruppe Rhön-Grabfeld

Dass sich N+U mit einem Titelthema dem Wirtschaftswachstum gewidmet und dazu kritisch analysierende und Zusammenhänge aufzeigende Beiträge veröffentlicht hat, ist sehr erfreulich. Prof. Dr. Hubert Weiger zeigt in einem anregenden Artikel „Wohlstand schaffen ohne Wachstum“ die ökologischen Folgen eines ständigen Wirtschaftswachstums auf, hält wichtige Handlungsmaximen und öko-soziale Schlüsselprojekte dagegen und bittet am Schluss um Leserbeiträge, die konkrete Wege aus der Wachstumsfalle zeigen. Diese Forderung muss sich jedoch in erster Linie an die Wirtschaftswissenschaftler wenden: Sie sind aufgerufen, in Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern, Mathematikern und anderen einschlägig arbeitenden Fachwissenschaftlern Modelle für ein Wirtschaftssystem zu erarbeiten, das nicht den Zwang zum dauernden Wachstum in sich trägt. Dagegen ist es Aufgabe der im Naturschutz Engagierten, mit Nachdruck auf die Folgen eines ständigen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums für die Lebensgrundlagen hinzuweisen und Modelle für ein anderes Wirtschaften bei den Wirtschaftswissenschaftlern anzumahnen. Leider scheinen diese dem Bestehenden sehr verhaftet, denn bislang sind solche Modelle kaum vorhanden oder werden jedenfalls in Medien und Öffentlichkeit nicht vorgestellt und diskutiert. Die seit Jahrzehnten von manchen gut meinenden Wachstumskritikern angebotene Formel „Effizienz und Suffizienz“ kann solche Modelle keinesfalls ersetzen. Sie macht gewissermaßen die Rechnung ohne den Wirt, da sie von den hergebrachten Strukturen ausgeht, bei denen Effizienz rasch vom Wachstum überholt wird (was man in der Vergangenheit an vielen Beispielen sehen konnte) und eine stärker um sich greifende Suffizienz rasch in ein wirtschaftliches und soziales Desaster führen würde.

Dr. Gertrud Scherf, Osterhofen-Galgweis

Zum Beitrag „Wachstum mindert Lebensqualität“ in N+U 3-07

Für die neue Ausgabe von Natur+Umwelt möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Es freut mich, dass Sie ein so zentrales Thema wie Wirtschaftswachstum und seine Bedeutung für Natur- und Umweltschutz aufgreifen und es zum Titelthema gemacht haben. Besonders gut finde ich, dass darin mehrere Autoren zu Wort kommen und auch solche die außerhalb des BN stehen, wie zum Beispiel Prof. Miegel.

Zum Beitrag "Wachstum mindert Lebensqualität": Dieter Scherf geht davon aus, dass weiteres Wirtschaftswachstum zu keiner Verbesserung der Lebensqualität in der BRD, sondern zu mehr Umweltbelastungen, Verknappung von Rückzugs- und Erholungsräumen führt. Er stellt weiterhin fest, dass in den letzten Jahrzehnten das „Gewicht“ des Kapitals im Verhältnis zu den anderen beiden Produktionsfaktoren, Arbeit und Ressourcen, erheblich zugenommen hat, was an den steigenden Kosten für das Kapital (Zinsen) erkennbar ist. Er folgert weiter: „Um die Kapitalansprüche auf Dauer befriedigen zu können, muss die Wirtschaft auf Dauer wachsen – eine nicht mehr wachsende Wirtschaft wäre ein Ende der Kapitalrendite“. Diesen Feststellungen ist schwer zu widersprechen.

Allerdings erscheint mir seine Analyse etwas einseitig auf den Produktionsfaktor Kapital bezogen zu sein. Die moderne Ökonomik kennt – wie auch Scherf bemerkt – noch zwei weitere Produktionsfaktoren: Arbeit und Ressourcen, letztere bestehen aus Rohstoffen und Energieträgern.

Die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit besitzen im Unterschied zu den Ressourcen eine gemeinsame Eigenschaft, dass sie sich bei ihrem Einsatz im Produktionsprozess vermehren, wogegen die Ressourcen verbraucht werden und damit weniger werden. So hat sich die menschliche Bevölkerung in Mitteleuropa seit 1800 im Gefolge von Kapital bildender Marktwirtschaft und Industrialisierung bis heute versechsfacht (HAYEK 1986). In der Zeit von 1949 bis 1989, also zwischen Beginn und Ende der alten Bundesrepublik, stieg die Bevölkerung in der BRD um 25 Prozent oder 12,5 Millionen Einwohner. Bildlich gesprochen streben Kapital und Arbeit nach ihrer Vermehrung wieder zu einem neuen Einsatz beziehungsweise auf die Vereinigung mit den jeweiligen komplementären Produktionsfaktoren, insbesondere mit den Ressourcen hin.

Bevölkerungswachstum erleichtert die Tätigkeit der Unternehmer und das Wachstum des Produktionsfaktors Kapital: Zum einen lässt die Vermehrung der Menschen den Produktionsfaktor Arbeit vermehren und auf dem Markt billiger werden. Ein überschüssiges Angebot ist der sicherste Weg zu einem Preisstopp, hier ein Lohnstopp (WILKINSON 1977). Deshalb darf man vermuten, dass ein Teil des Rückgangs des Lohnanteils des Bruttosozialprodukts der BRD – worauf Scherf ausdrücklich Bezug nimmt – ursächlich auf die Vermehrung des Faktors Arbeit in der Bundesrepublik zurückzuführen ist.

Zum anderen gibt es mehr Konsumenten für die Produkte, die aus der Vereinigung von Arbeit, Kapital und Ressourcen entstehen. Ein Anwachsen der Bevölkerung und damit der Zahl der Konsumenten einer Volkswirtschaft ist das sicherste Mittel gegen einen Verfall von Preisen der Konsumgüter. Vorausgesetzt dass die Nutzung der Ressourcen nicht ausgedehnt werden kann. Dass dabei die Preise für nicht vermehrbare Güter, zum Beispiel Landfläche aller Art, von Bauland über Agrarfläche zu Biotopflächen, knapper und teurer werden, wird billigend in Kauf genommen.

Diese aus den Grundannahmen der ökonomischen Faktor-Theorie abgeleiteten Sätze erklären auch die in bestimmten sozialen Kreisen vorhandene Angst vor dem Ende des Bevölkerungswachstums und die aufwändigen und gleichartigen Maßnahmen moderner Industrieländer mit marktwirtschaftlichen Elementen zur Förderung des Bevölkerungswachstums, unabhängig von der jeweiligen politischen-ideologischen Grundausrichtung (PÜTZ 1979).

Dr. Walter Weiherer, Vorsitzender der BN-Ortsgruppe Hebertsfelden

Die Schlussworte Dieter Scherfs über die Dominanz des Kapitals treffen den Nagel auf den Kopf: Was not tut, ist ein anderer Umgang mit Geld. Eine Wirtschaft, in der Zins und vor allem Zinseszins üblich sind, ist zu einem ständig steigenden (exponentiellen) Wachstum verurteilt und damit zur Ausbeutung von Mitmensch und Natur. Die Wege aus der Wachstumsfalle sind allerdings keineswegs einfach. Geld darf keine Ware sein, sondern nur dem Austausch von Waren und Dienstleistungen dienen. Neben der Aufhebung von Zins und Zinseszins muss das Geld lebendig werden: Nach der Ausgabe („Geburt“) muss es stetig durch eine von der Zentralbank festgelegte (gesteuerte) Inflation an Wert verlieren („älter werden“), dies garantiert auch ohne Zins und Zinseszinsen den Umlauf und gibt Produzent und Käufer gleichviel Macht beim Preisverhandeln; schließlich ist das zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgegebene Geld dann wertlos („gestorben“). Unabhängig von diesem Kaufgeld muss ein Leihgeld vorhanden sein, vielleicht auch noch ein Schenkgeld (dies könnte auch „altgewordenes“ Kaufgeld sein).

Das Globalgeld ist durch Regionalgelder zu ergänzen, um Wirtschaften auch nach regionalen Gesichtspunkten steuern zu können. Ganz wichtig ist die Trennung von Arbeit und Einkommen, denn das Arbeiten gehört untrennbar zum Menschen; bezahlt werden kann allenfalls das Arbeitsergebnis, das bedingungslose Grundeinkommen weist hier die Richtung. Im Weiteren müssen sich die Arbeitnehmer zu Mitunternehmern umwandeln: Dann wird entsprechend dem jeweiligen Beitrag zum Unternehmen über die Aufteilung des Gewinns geredet, in Folge verschwindet der Lohn aus der Kostenkalkulation.

Hans Eichler, Ebern

Zum Beitrag „Der demografische Wandel – eine Chance“, N+U 3-07

Das unsinnige Wirtschaftswachstum wird völlig richtig angeprangert. Ernst Böckler geht (viel zu vorsichtig) auf den demografischen Wandel ein. Er hat aber nicht den Mut, die Zahlen zu nennen, die Wolfram Ziegler schon 1984 veröffentlicht hat und die zeigen, um wie viel unsere Umwelt in Deutschland überlastet ist. Und wie steht es mit dem Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern? Glauben Sie wirklich, dass ein wenig Bescheidenheit in den Industrieländern – die ohnehin politisch nicht durchsetzbar ist – die Dritte Welt zu Sparsamkeit und Verringerung des Bevölkerungswachstums ermuntern könnte? Wer es mit der Natur wirklich gut meint, sollte darauf hinwirken, dass möglichst vielen Menschen endlich bewusst wird, dass die Umwelt unter einem doppelten exponentiellen Wachstum leidet: Die Bevölkerung wächst exponentiell und der Ressourcenverbrauch pro Kopf wächst exponentiell. Nicht zuletzt wollen die Milliarden in China und Indien möglichst bald genauso luxuriös leben wie wir – was ökologisch schlicht unmöglich ist. Natürlich wissen Sie das alles längst mindestens genau so gut wie ich! Warum fehlt Ihnen der Mut, vor lauter "political correctness" diese globalen Lebensfragen ernsthaft anzusprechen, die früher oder später jeden Menschen auf Erden tangieren müssen?

Siegfried Hagl, Gräfelfing

Mit Zustimmung habe ich die Beiträge von Prof. Dr. Hubert Weiger und ganz besonders von Ernst Böckler gelesen. Über die Auswirkung des demografischen Wandels mache ich mir ähnliche Gedanken und kann deshalb auch nicht in das allgemeine Gejammere über die "egoistischen" Jungen mit einstimmen, die statt Kinder zu kriegen lieber "sich selbst verwirklichen". Angeblich haben wir ja demnächst zu wenig Arbeitskräfte und müssen diese nun herbeilocken. Stattdessen ließe sich die Situation auch als Chance für Frauen und ältere Menschen sehen, bei genügend Arbeitsplätzen ihre Fähigkeiten und Erfahrungen im Beruf zeigen zu können. Schließlich kann Ehemann und Kinder zu versorgen nicht alles sein für gut ausgebildete Frauen. Deshalb, nämlich um Frauen Gelegenheit zu geben, am Berufsleben teilzunehmen, bin ich Frau von der Leyen dankbar für ihre Anstrengungen in Richtung mehr und bessere Kleinkinder- und Kinderbetreuung, und nicht unbedingt damit erheblich mehr Kinder geboren werden. Selbst in Anbetracht dessen, dass Löhne und Renten langsamer steigen als früher und wir vielleicht bei Urlaub und Auto sparen müssen – was der Umwelt auch nicht schadet – bietet der demografische Wandel eine Chance zum Vorteil für unser aller Lebensqualität.

Gisela Munker, Eggstätt

Ich bin genau Ernst Böcklers Meinung. Statt immer noch mehr Kinder in die Welt zu setzen und ständig mit Gewalt zu überlegen, wie wir mehr Kinder bekommen könnten, sollten wir doch auch sehen, welche Vorteile es uns bringt, wenn wir nicht immer noch dichter besiedelt sind.
Michael Ruch, Altdorf

Schon lange vermisste ich von Umwelt- und Naturschutzverbänden die Behandlung der Problematik Besiedlungsdichte / ökologische Tragfähigkeit. Daher ganz besonderen Dank für die Veröffentlichung dieses ausgezeichneten Beitrags von Ernst Böckler. Dieser Artikel sollte allen Politikern zur Pflichtlektüre werden, um nicht nur endlich ein Umdenken in der fatalen Bevölkerungs-, Wachstums- und Zuwandererpolitik in Gang zu setzen, sondern auch entsprechendes Handeln folgen zu lassen!
B. Haese, Eggenfelden

Als Mensch im zeugungsfähigen Alter und somit direktem Adressaten Ihres Artikels will ich mich gerne zu diesem äußern. Natürlich haben sie recht, wenn sie behaupten, der Ressourcenverbrauch und damit die Umweltbelastung gehen direkt mit der Bevölkerungszahl einher. Dennoch lässt sich dieser Sachverhalt durch Zahlen relativieren: Bezugnehmend auf Ihre Statistik der Bevölkerungsdichte möchte ich anmerken, dass beispielsweise der Pro-Kopf-Energieverbrauch der USA (31 Einwohner/km²) 67 mal so hoch ist wie der Bangladeschs (1025 Einwohner/km²). Dadurch wird deutlich, dass nicht in erster Linie ein Zuviel an Menschen, sondern ein Zuwenig an Menschen mit guten Ideen und dem richtigen Maß ausschlaggebend ist. Sie sprechen von weltweiter Völkergerechtigkeit; ich möchte die Generationengerechtigkeit hinzufügen. Ich bezweifle, dass je eine Generation einer anderen die Anzahl ihrer Nachkommen verordnen darf und kann. Erst recht nicht, wenn diese Generation eine Hauptverantwortung für den verschwenderischen Ressourcenverbrauch trägt. Einem Verband wie dem Bund Naturschutz steht es schlecht, vor dem Leben und Lebendigen zu kapitulieren.
Paul Weiser, München

Es hat mich sehr befremdet, ja erschüttert, dass der Autor in seinem Artikel die Verringerung der Bevölkerung, die er positiv sieht, als allmähliches, friedliches Geschehen beschreibt. Weiß er denn nicht, dass die Ursachen, dass so wenige Kinder in unserem Land geboren werden, nicht als „friedlich“ zu bezeichnen sind? Jedes Jahr sterben mindestens 100 000 (wahrscheinlich bis zu 300 000) ungeborene Menschen durch Abtreibung. Dies ist in der Tat kein friedliches Geschehen, auch wenn die Gesellschaft dazu mehrheitlich schweigt. Dieses gewaltsame Eingreifen in natürliche Abläufe, durch das viele Frauen lebenslang gesundheitliche (psychische wie physische)

Schäden erleiden, kann doch von jemanden, der sich aktiv für den Erhalt der Natur einsetzt, nicht gutgeheißen werden. Eine solche Sichtweise steht meiner Meinung nach in einem krassen Widerspruch zum Naturschutzgedanken.

Karin Ritter, Erlangen

Alle Probleme des Umweltschutzes haben letztlich eine gemeinsame Wurzel, nämlich den Zusammenprall des natürlichen Primärsystems mit dem zivilisatorischen Sekundärsystem des Menschen, letzteres in Gestalt der heutigen Zivilisation. Diese wird weltweit gegenwärtig von Entwicklungs- und Schwellenländern kopiert. Der Gesamtenergiefluss im Sekundärsystem als Produkt von Menschenzahl und Energieeinsatz pro Kopf ist für die Tragfähigkeit des Primärsystems auf Dauer viel zu groß geworden. Klimawandel und Artenschwund belegen das als Indikatoren. Wenn etwas wirklich heute nötig ist, dann ist das die Entwicklung einer anderen Form des Sekundärsystems, das mit geringerer Menschenzahl und geringerem Energiedurchsatz die Tragfähigkeit des Primärsystems wiederherstellt und künftig wahrt. Andernfalls geht das Primärsystem zwar nicht unter. Aber es wird für den Menschen als Träger des Sekundärsystems immer unwirtlicher. Als eine Art von Lebewesen verschwindet der Mensch dann mit seinem Sekundärsystem. Auf den Weg dahin sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

Dr. Christoph Sening, Pöcking

Danke für den großartigen Artikel von Ernst Böckler, der es wagt, die Wahrheit zu sagen. Hier lohnt es sich zu lesen. Die hierzulande permanent und lautstark eingeforderte Geburtensteigerung, die vor allem von der Politik, der Industrie, den Medien, den Kirchen als so dringend notwendig erachtet wird, stellt für jeden Beobachter, der auch ökologisch denkt, ein Rätsel dar. Abgesehen von den Milliardensummen, die derzeit für Familien und Kinder bereits durch Steuern und Sozialkassen bezahlt werden müssen, ist das beständige Klagen über zu wenig Kinder nicht mehr nachvollziehbar. Natürlich ist es vor allem die Industrie, die sich unbegrenzten Nachschub an Konsumenten wünscht. Die jungen Familien brauchen Wirtschaftsgüter, Wohnraum (zum Jubel der Bauindustrie) und so weiter, ohne Ende. In Bayern reichen eine halbe bis eine Million neugebaute Wohnungen pro Jahr „nicht mehr aus“. Diese Art Bodenversiegelung trägt neben Straßen-, Industrie- und anderen Bautätigkeiten zur Häufung und Verschlimmerung der zahlreichen Überschwemmungen und Hochwasser bei, die inzwischen überall, nicht nur in Auenlandschaften und Flussgebieten, vorkommen.

Berstende Klassenzimmer, überfüllte Kinder- und Jugendbetreuungsrichtungen, Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit lassen die Klagen wegen zu wenig Geburten als – gelinde gesagt – schizophren erscheinen. Dazu spezialisieren sich

viele Frauen wegen der hohen Sozialleistungen (dies wird natürlich niemals zugegeben) auf´s Kinderkriegen; darunter viele Minderjährige mit Vätern desselben sozialen Hintergrundes. Nun mutet es besonders pikant an, dass hierzulande die Geburtenzahl, die Anzahl der Frauen, die geboren haben, aus Datenschutzgründen nicht korrekt erfasst werden darf. Übrigends darf in Deutschland auch die Geburtenzahl von Zuwanderern und Immigranten aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erfasst werden.

Es ist zwar hierzulande ausgesprochen verpönt, in irgendeiner Weise auf das Problem Überbevölkerung auch bei uns hinzuweisen, vor allem wegen der panikartig geschürten Angst vor Wachstumsminde­rung für die Wirtschaft; trotzdem sollte gerade der Bund Naturschutz hier weiterhin Mut beweisen und dieses Problem, wo es nur möglich ist, in aller Deutlichkeit ansprechen.

Edda Kachkoulis, München

Zum Interview mit Prof. Meinhard Miegel in N+U 3-07

Das Experten-Interview mit M. Miegel im letzten Heft ist enttäuschend ausgefallen. Herr Miegel weicht den gestellten Fragen aus – und der Interviewer W. Berner lässt sich das gefallen. Miegel tut so, als sei es eine Frage der Moral, wie die Menschen mit den durch die Globalisierung heraufbeschworenen Problemen fertig werden. Konsumverzicht und "Verschiebung zu immateriellen Werten" – wer so redet, hat keinen Durchblick oder hält die Leute für blöd, dass er ihnen so etwas erzählen kann.

Das Problem der sich weltweit immer mehr öffnenden Güter-, Finanz-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte besteht bekanntlich in den extrem unterschiedlichen Arbeitskosten, die zu einer De-Industrialisierung führen (Stichwort: Basarökonomie). Heute arbeitet zum Beispiel der chinesische und indische Beschäftigte durchschnittlich für einen Bruchteil dessen, was in den westlichen Industrieländern an Löhnen und Gehältern gezahlt wird. Sie arbeiten an Maschinen und Geräten, die ihnen eine gleiche Produktivität ermöglichen, wie wenn sie die gleiche Arbeit bei uns verrichteten. Unser Wohlstand hängt davon ab, wieviel die Beschäftigten verdienen und ob sie überhaupt noch etwas verdienen.

In Deutschland gab es im Jahr 1992 noch 9,8 Millionen industrielle Arbeitsplätze, im Jahr 2005 nur noch 7,7 Millionen davon, das ist in dreizehn Jahren ein Verlust von 2,3 Millionen. Ein Teil dieser Arbeitsplätze konnte im Dienstleistungsbereich ersetzt werden. Niemand weiß, wie groß das Arbeitsplatzpotenzial im Dienstleistungssektor noch ist. Das hängt von der Bezahlung ab. Dienstpersonal, wie es vor hundert Jahren noch in sehr großer Zahl für

Kost, Logis und Taschengeld seine Arbeit für die damalige Mittelschicht verrichtete, bleibt hoffentlich Vergangenheit. Es stellt sich die Frage nach der Zukunft der bisher noch verbliebenen circa 7 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie. Sie sind gefährdet und werden abwandern, sobald unser noch vorhandener Wettbewerbsvorsprung (Bildung, Infrastruktur, Rechtssicherheit ...) dahingeschmolzen sein wird. Wer meint, dass diese Millionen zusätzlicher Arbeitsloser von einem wachsenden Dienstleistungssektor aufgefangen werden, der bleibt eine plausible Begründung schuldig.

Die wirtschaftliche Globalisierung (geöffnete Märkte) zwingt unseren im internationalen Wettbewerb stehenden "Wirtschaftsstandort" zum Abbau von Löhnen und zur starken Zurücknahme unserer Umwelt- und Sozialstandards. Herr Miegel bleibt die Antwort schuldig, wie die Globalisierung gestaltet werden kann, damit das nicht passiert.

Es ist kaum vorstellbar, dass in unserer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ die sozialen und ökologischen Schutz- und Sicherungssysteme stabil bleiben und sich nicht auflösen, wenn die in Gang befindliche De-Industrialisierung weiter um sich greift und auf längere Sicht fast alle Arbeitsplätze der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen wegfallen.

Wenn die sozial-ökologische Komponente unserer Marktwirtschaft aufgegeben wird und die Demokratie nicht mehr für Wohlstand, sondern für Verarmung steht, dann werden Marktwirtschaft und Demokratie in der Bevölkerung ihre Legitimation verlieren. Um dieses Problem geht es, nicht um eine Moral der Bescheidenheit.

Übrigens: Wie kommen eigentlich Herr Miegel und andere sogenannte Experten dazu, in der Wir-Form zu sprechen, wenn er von "materiellem Überfluss" redet. Wer viel verdient, derra kann sich tatsächlich Konsumverzicht leisten. Das "wir" im Mund eines Volkswirts soll verschleiern, dass er keine Antwort darauf hat, wie der Wohlstand in unserem Land gerecht verteilt werden kann (wobei ich hier unter "gerecht" lediglich verstehe, dass keine bittere materielle Not und kräftezehrender Existenzkampf von Menschen ohne Arbeit beziehungsweise in prekären Beschäftigungsverhältnissen sein darf). Ein sicherlich ergiebigerer Experte, den Sie in N+U interviewen sollten, wäre Herr Sven Gigold (der als BUND-Mitglied auch bei Attac arbeitet) oder Herr Gerd Zeitler, dessen Buch "Der Freihandelskrieg – von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung, eine Perspektive für Vollbeschäftigung" (2006) leider nicht in der empfohlenen Literatur im Anschluss an das Interview zu finden ist.

Hans-Joachim Schemel, München

Zum Beitrag „Steigerwald soll Nationalpark werden“ in N+U 3-07

„Der Bund Naturschutz engagiert sich seit Jahrzehnten für Nationalparke in Bayern“ – basta! Deshalb setzt sich das institutionalisierte „Grüne Gewissen“ BN auch vorbehaltlos dafür ein, dass aus dem Naturpark ein Nationalpark Steigerwald wird. Unterstützt von nur etwa fünf Prozent der direkt betroffenen Bevölkerung, nebst ihren politischen Vertretern. Aber was macht das schon, wenn die restlichen 95 Prozent der betroffenen Bevölkerung bayernweit betrachtet wiederum nur wenige Prozent ausmachen. Da lassen sich deren noch so berechnete Interessen zugunsten eines kollektiven „Grünen Feigenblatts Nationalpark“ ganz leicht ignorieren. Ich erlebe jetzt, dass es die BN-Führung nicht interessiert, wie sich die sowieso benachteiligte soziale und wirtschaftliche Situation der Bewohner des Steigerwalds verschlechtern würde. Es sie nicht interessiert, dass die wegfallenden Mengen des regionalen, ökologischen Baustoffes und Energieträgers Holz dann durch klima- und umweltschädliche Rohstoffe ersetzt werden. Und dass sie die Verdienste der betroffenen Bevölkerung ignoriert, die seit Generationen dafür gesorgt hat, dass der Steigerwald als Naturpark eine biologische Qualität besitzt, wie sie in Nationalparks andernorts nur durch rigide Verbote erreicht werden.

Ich bin BN-Mitglied, weil ich viele BN-Ziele unterstütze. Bisher ging ich davon aus, dass der BN einen Weg geht, der sich daraus ergibt, dass widersprechende Argumente vernünftig abgewogen werden. Hinter den Bemühungen, den Naturpark Steigerwald zu einem Nationalpark zu machen, muss ich nun einen Dogmatismus erkennen, der auf Minderheiten keine Rücksichten nimmt. Ich kann nicht glauben, dass das im Sinne der Mehrheit der BN-Mitglieder sein soll.

Siegfried Ständecke, Michelau im Steigerwald

Sie erwähnen zu Recht, dass der nördliche Steigerwald das ökologisch wertvollste Laubwaldgebiet Bayerns ist, jedoch nicht weil schon so viele Gebiete unter Schutz stehen, sondern aufgrund der geografischen Gegebenheiten und Besonderheiten der Nutzungsgeschichte. Es ist sicherlich richtig, dass in den letzten Jahren einige Naturwaldreservate geschaffen wurden, aber zum Beispiel der einmalige Altbuchenbestand „Kleinengelein“, der größte und älteste Deutschlands, ist bis heute nicht geschützt. Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Deutschlands majestätischste Buchen können jederzeit ohne rechtliche Konsequenzen zu Klopapier verarbeitet werden! So geht eine der reichsten Nationen der Welt mit einem ihrer letzten Stücke von Laub-Urwald, ihrem Naturerbe um. Das wäre etwa so, als wenn die USA die Mammutbäume im Sequoja National Park zur normalen Beforstung freigeben würden.

Abgesehen davon, dass von einem Nationalpark Steigerwald viel mehr Menschen leben könnten, als es heute die handvoll Forstarbeiter tun

(die zudem in einem Nationalpark ebenso gebraucht würden), ein Nationalpark Steigerwald wäre auch aus unzähligen ökologischen Gründen ein Segen für Deutschland. Es wachsen hier nämlich nicht nur die höchsten Buchen, durch die niedrige Höhenlage bedingt wäre es auch der wärmste Laubwald-Nationalpark Deutschlands, mit vielen seltenen wärmeliebenden Baumarten wie der Eiche, der Elsbeere oder dem Speierling. Dazu gesellen sich natürlich entsprechend viele seltene und einmalige Tiere, Kräuter und auch Pilze, die nur in einem großflächigen, warmen und artenreichen Mischwald mit genügend Altbäumen vorkommen können.

Da sich beinahe der gesamte nördliche Steigerwald in Staatsbesitz befindet, wäre es hier also möglich, ohne jegliches Eingreifen in Privatbesitz einen der wertvollsten Wälder Deutschlands dauerhaft zu schützen und unseren Kindern ein einmaliges Kleinod zu hinterlassen. Leider musste die Idee hierzu von einem Lokalpolitiker aufs Tablett gehoben werden, da die Dimension dieser Chance offenbar vielen Naturschützern noch nicht richtig klar ist, wie auch aus der Kürze ihres Berichtes oder der schwer zu findenden Internetpräsenz des BN zum Thema Steigerwald zu entnehmen ist. Deshalb frage ich hier: Was kann denn für eine Naturschutzorganisation wichtiger sein als der Schutz der Sahnestücke unseres Naturerbes? Was ist wichtiger, die tausendste Streuobstwiese oder der letzte Laub-Urwald? Sich erheblich mehr Engagement erhoffend:

Michael Hauck, per E-Mail

Für die Menschen in einer eher strukturschwächeren Region Oberfrankens und für die Natur wäre ein Nationalpark Nördlicher Steigerwald ein Segen! Die Erhaltung der außerordentlich artenreichen Buchenwälder mit ihren wertvollen alten Bäumen würde einhergehen mit der Schaffung neuer und dauerhafter Arbeitsplätze im Tourismusbereich. Dies zeigt ein Blick auf den Nationalpark Hainich in Thüringen, wo sowohl Ökologie als auch Ökonomie durch das Gütesiegel "Nationalpark" deutlich profitiert haben.

Gabriele Richter, Bad Staffelstein

Zum Beitrag „Genmais gemeinsam gestoppt“ in N+U 2-07

Mit Bedauern vermisste ich in dem Artikel, dass die Ökologisch Demokratische Partei (ödp) zu einem guten Teil daran beteiligt war, dass der Landwirt in Koltzheim seinen Antrag zurückzog. Zwei weitere Aktionen der Ökologisch Demokratischen Partei fanden im April statt, nämlich der Ostermarsch zum großen Genmaisfeld in Biebelried bei Kitzingen am 9.4.2007 und die Teilnahme von ödp-Rednern an der Traktor-Sternfahrt in Kitzingen am 21.4.2007. Als langjähriges Mitglied des BN ist es mir sehr wichtig, dies nachzutragen, denn die ödp ist die einzige politische Partei, die sich ohne Wenn und Aber gegen die „Grüne Gentechnik“ ausspricht.

Renate Jodelsberger-Schrott, Trostberg, stellv. ödp-Vorsitzende Kreis Traunstein

Zum Beitrag „Gesundheitsrisiko WLAN“ in N+U 3-07

Mit großer Verwunderung habe ich Ihren Artikel über das „Gesundheitsrisiko WLAN“ gelesen. So wird behauptet, dass nach der Mobilfunk-Anhörung im Dezember 2006 der Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags im März 2007 mit einer Empfehlung reagiert habe, an Schulen auf WLAN-Technik zu verzichten und stattdessen auf kabelgebundene Netzwerke zurückzugreifen. Tatsache ist aber, dass ich, zusammen mit anderen Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion, bereits am 1. Februar 2007 einen Dringlichkeitsantrag in den Landtag eingebracht habe, der just dieses Thema betrifft – Kein WLAN an Bayerns Schulen – und darüber hinaus fordert, die mancherorts bereits vonstattengegangene Umstellung wieder rückgängig zu machen. Trotz ausführlicher Begründung mit Verweis auf die Mobilfunk-Anhörung wurde der komplette Antrag von der Staatsregierung abgelehnt. Eine Anordnung erfolgte bis heute nicht, lediglich eine Verzichtsempfehlung. Aufgrund der Weigerung der Staatsregierung, eine Anordnung zu verabschieden, könnte man meinen, dass die Haushälter hier die Oberhand über die Gesundheit bekommen hätten.

Ludwig Wörner, Abgeordneter im Bayerischen Landtag

Leser-Lyrik

Der dritte Frühling sieht die frischen Sprossen
der eingesetzten Edelaugen saftig angefüllt.
Durch Herbst und Winter regenweich begossen,
mit Eis und Schnee in sanfter Ruhe abgekühlt,
bedarf der stramme Sämling seiner letzten Schule.
Die rundgezinkte Grabegabel lockert sacht
den Kranz der Pflanzenfüße aus der feuchten Kuhle.
Schon öffnet sich der regenwurm bewohnte Schacht,
jedoch ein großer Zeh des Bäumchens widersteht,
strahlt lang und länger, will durchaus nicht enden.
Wie man den schwankend Stamm auch zieht und dreht,
um Hilfe muss zuletzt der schwache Gärtner senden.
Es strebt die Erdenranke bis zur fernen Ecke,
wo einst im Rottegatter wuchs das Humuskorn.
Ein Wanderstab vom Vater ruht noch in der Hecke.
Des Kirschbaums Wurzelnetz umgreift den Knauf aus Horn.
Günter Körner, Nürnberg